„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—32 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West.
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Geist der Versöhnung

Zwei Meldungen haben in den letzten Wochen alle ehrlichen Friedensfreunde mit Genugtuung und Freude erfüllen müssen, der begeisterte Empfang des deutschen U-Boot-Kommandanten Hartlagen und die glänzende Feier zu Ehren des siegreichen deutschen Ostafrika-Führers General Lettow-Vorbeck auf englischem Boden. Die beiden deutschen Männer gehörten während des Weltkrieges zu den unerschrockenen und energischen Kämpfern gegen England, der eine auf dem weiten Weltmeer und der andere in Deutsch Ostafrika. Auf Kommandant Hartlagens Befehl wurde so manches britische Schiff spurlos versenkt, darunter auch das mysteriöse britische „Q"-Boot, dessen Kapitän zu den Hauptpersonen des Versöhnungsfestes in Reading (England) zählte. General Lettow-Vorbeck behauptete sich in Ostafrika mit seinen ihm treu ergebenen schwarzen und weißen Soldaten bis über den Waffenstillstand hinaus, hielt die deutsche Kolonie gegen den übermächtigen Feind und drang zeitweise sogar noch in gegnerisches Gebiet ein. Wie im „Courier" zu lesen war, war es der südafrikanische General Smuts, der anläßlich des jubelnden Empfangs für General Lettow-Vorbeck in London ihm eine Lobeshymne widmete, wie sie aus deutschem Munde kaum besser hätte klingen können.

Das sind gewiß begrüßenswerte Erscheinungen, die wir nicht unterschätzen, aber auch nicht überschätzen wollen. Wenn sie nicht mehr erreichen, als daß in weiten Volkskreisen der Wille zu einem freundlicheren gegenseitigen Verständnis sich verstärkt, so dienen sie einem hohen, erhabenen Ziel, dem die friedensbedürftige Menschheit nun schon seit 1918 unentwegt zustrebt. Im Lichte des bevorstehenden Weihnachtsfestes, das in besonderem Maße eine friedliche und versöhnliche Stimmung ausströmen soll, gewinnen die beiden Ereignisse erhöhte Bedeutung. Doch wahrer und dauernder Friede kann nur auf dem Fundamente der Gerechtigkeit, der Grundlage des Staats- und Völkerwohles, beruhen. Gerechtigkeit aber setzt im internationalen Leben rücksichtslose Ehrlichkeit bei Beurteilung der Licht- und Schattenseiten eines anderen Volkes voraus. Leider sind durch die im Weltkriege verbreiteten Greuelmärchen und Propagandalügen Millionen von Menschen dunkelgefärbte Augengläser aufgesetzt worden, die sie zum Teile heute noch nicht abgelegt haben.

Je freier und klarer jedoch der Blick der breiten Massen in allen Ländern wird, je mehr die Forschungsergebnisse über die wirklichen Ursachen des großen Weltbrandes in die Völker dringen, desto tiefer wird die Erkenntnis sich durchsetzen, daß das deutsche Volk von 1914 bis 1918 einen furchtbar schweren Kampf um seine Existenz, um Sein oder Nichtsein zu führen gezwungen war. Daraus aber wird sich dann ein besseres Verständnis ableiten lassen, das letzten Endes auch den Weg zu einer Versöhnung und Annäherung zwischen dem deutschen und englischen Volke auf einer noch breiteren Basis ebnen wird.

Gegenseitige Achtung und unparteiische Gerechtigkeit sind Meilensteine und Wegweiser, wenn der Geist der Versöhnung zum Gemeingut zweier Völker werden und sich auch in den politischen wie wirtschaftlichen Beziehungen praktisch auswirken soll.

Wir Deutschcanadier stehen einer solchen Entwicklung besonders wohlwollend gegenüber, weil Canada ein wichtiger Teil des britischen Reiches ist, und weil wir hier die Aufgabe haben, zum Aufbau der zukünftigen canadischen Nation auch unser deutsches Kulturgut beizusteuern. Doch auch hierzulande muß das Verständnis für die guten und wertvollen Eigenschaften des Deutschen sich noch weit mehr vertiefen, damit uns volle Gerechtigkeit widerfahre.

Mögen die Weihnachtsglocken, die bald über die weite Prärie und über das Buschland, über Farmen und Städte Canadas hinklingen, doch auch in allen den Geist der Versöhnung neu erwecken, in dessen Zeichen die Werke des Friedens zum Segen Canadas vollbracht werden.

Ein Musterwerk über Versailles

Bekannt ist die große nationale Bedeutung der Arbeiten des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände. Er hat es verstanden, 1200 Organisationen der verschiedensten politischen Richtungen — von der sozialdemokratischen Linken bis zur äußersten Rechten — auf bestimmte gemeinsame Grundforderungen der deutschen Politik zu einigen. Dieser Tätigkeit ist es zum großen Teil zu danken, daß die Erkenntnis, die Widerlegung der Lüge von Deutschlands Alleinschuld am Weltkrieg und die systematische Arbeit für eine Revision der unhaltbaren Bestimmungen des Versailler Friedensdiktats sei nicht eine Sache von Parteien, sondern Sache des ganzen deutschen Volkes, starke Wurzeln geschlagen hat. Aus diesem Geist der Gemeinsamkeit, den man mit Fug und Recht als Hindenburgschen Geist bezeichnen kann, ist eine zweibändige Veröffentlichung des Arbeitsausschusses unter dem Titel „Zehn Jahre Versailles" (Brücken-Verlag, Berlin) geschaffen worden, die der Präsident des Ausschusses Gouverneur z. D. Dr. Heinrich Schnee, und sein geschäftsführendes Präsidialmitglied Dr. Hans Draeger mit Sorgfalt und politischem Geschick zusammengestellt haben.

Es war gewiß kein einfaches Werk, in einem Buch die Arbeiten deutschnationaler und sozialdemokratischer Abgeordneter zusammenzufassen. Wenn das trotzdem gelungen ist, so ist das der sachlich vornehmen Weise zu danken, mit der alle Mitarbeiter sich der Angriffe auf den innenpolitischen Gegner enthalten haben, um aus ihrer Kenntnis und ihren Anschauungen heraus positive Werte für die Gestaltung der deutschen Außenpolitik zu schaffen. Das allein schon würde dem Werk eine besondere und wegweisende Bedeutung verleihen.

Darüber hinaus aber sind die Beiträge knapp, verständig, sachlich eingehend begründet. Hier haben wir das Nachschlagewerk über alle Fragen des Versailler Diktats, das jeder braucht, der in der Front derer steht, die an der Revision des Diktats arbeiten. Hier findet er alles, was er für den geistigen Kampf braucht, und er findet es, wie schon die Möglichkeit der Vereinigung der Beiträge in diesem Sammelwerk verschiedenster Ueberzeugungen beweist, in einer vorbildlichen, alle einigenden Momente zusammenfassenden Form.

Ansiedlung von Rußlanddeutschen in Deutschland?

„Der Stahlhelm" (Nr. 47. vom 24. November 1929), Berlin, teilt folgendes mit:

Das Schicksal der deutschrussischen Bauernfamilien hat sich inzwischen dadurch verschlimmert, daß sie von Canada die Einwanderungserlaubnis nicht erhalten, und daß die Sowjetregierung die Ansammlung der 13,000 Deutschen in Moskau nicht länger dulden, sie vielmehr nach Sibirien abschieben will, was angesichts des bevorstehenden Winters ihren sicheren Untergang bedeuten würde. Deshalb ist es zu begrüßen, daß aus verschiedenen politischen Kreisen an die deutsche Reichsregierung die Aufforderung ergangen ist, diese deutschen Volksgenossen nach Deutschland zu holen und sie im Osten anzusiedeln. Die deutschrussischen Bauern stellen zähe und anspruchslose Siedler dar, die mit denkbar geringen Lebensansprüchen ein hohes Maß kolonisatorischer Eignung, Erfahrung und Tatkraft verbinden. Siedlungsfertiges Land ist in Ostpreußen, der Grenzmark Pommern und Schlesien in den Händen des Staates und der Siedlungsgesellschaften genügend vorhanden. Die vorläufige Unterbringung der Anzusiedelnden würde gleichfalls keine Schwierigkeiten machen, und sie könnten, bis ihre Ansetzung auf den Siedlerstellen möglich ist, an Stelle der noch immer benötigten ausländischen Schnitter Arbeitsgelegenheit auf dem Lande finden. Auf diese Weise würde nicht nur eine Pflicht gegenüber notleidenden deutschen Volkstum im Auslande erfüllt, sondern gleichzeitig eine wertvolle Verstärkung des deutschen Walles im Osten erreicht, die angesichts der Expansionspolitik der Polen besonders dringend und wichtig ist.

Weltumschau

Das deutsche Finanzprogramm. Das Finanzprogramm des Reichsfinanzministers Rudolf Hilferding lag dem deutschen Kabinett zur Beratung vor. Das wichtigste Moment desselben ist eine geplante Steuersenkung von insgesamt 800 Millionen Mark. Zunächst einmal soll die Zuckersteuer vollständig in Wegfall kommen; die direkten Steuern sollen sodann nach und nach eine Senkung erfahren. Der Landwirtschaft wie auch der Industrie soll durch Steuererniedrigung zu Hilfe gekommen werden, auch wird eine Minderung der Einkommensteuer in Vorschlag gebracht. Der Ausfall dieser Steuersenkungen wird, wie erklärt, im kommenden Fiskaljahr auf 800 Millionen Mark geschätzt.

Zur teilweisen Deckung dieses Ausfalls sollen andere Steuerquellen stärker als seither in Anspruch genommen werden. Hilferding fällt hier, wie bereits früher einmal, auf die Biersteuer zurück, die erheblich erhöht werden soll. Auch eine Steigerung der Tabaksteuer wird von dem Reichsfinanzminister angeregt. Aus diesen beiden Steuerquellen hofft die Regierung etwa 400 Millionen Mark mehr als seither herauszuschlagen. Des weiteren wird dann noch die Einführung einer lokalen Kopfsteuer in Anregung gebracht.

Als Hilferding im letzten Jahre mit ähnlichen Steuerplänen von den Reichstag trat, erlitt er eine Niederlage. Alle Parteien, selbst seine eigene, die Sozialisten, erklärten sich gegen das Steuerprogramm ds Ministers, das denn auch fallen gelassen werden mußte. Seit jener Zeit ist der Geldmangel im Reichsschatzamt chronisch geworden und ist es heute noch.

Es macht sich große Unzufriedenheit über beinahe jeden einzelnen Punkt dieses Steuerprogramms geltend. Besonders ist es die Bayerische Volkspartei, welche Sturm gegen die projektierte Erhöhung der Biersteuer läuft. Ihr Bier wollen sich die Bayern unter keinen Umständen verteuern lassen. Auch die geplante Erhöhung der Tabaksteuer, wie die Einführung einer Kopfsteuer, stoßen auf entschiedene Gegnerschaft.

Mackensen 80 Jahre. Auf einem glänzenden Bankett begingen Freunde und Kriegskameraden von Generalfeldmarschall August von Mackensen in Berlin den 80. Geburtstag des berühmten deutschen Heerführers. Das Fest hatte all den militärischen Prunk früherer Tage. Unter den Gästen waren der frühere Kronprinz in Husarenuniform mit seinen Brüdern Eitel Friedrich, August und Oskar und einer glänzenden Gesellschaft uniformierter Generäle der früheren kaiserlichen Armee.

Der Saal war mit den alten Reichsfarben geschmückt. Admiral von Schroeder brachte ein Hoch auf den früheren Kaiser aus. Generalfeldmarschall von Mackensen der in der Uniform der Totenkopfhusaren erschienen war, dankte den Anwesenden für das Hoch auf „ihren edlen Kaiser und König", das dem Abend die rechte Weihe gegeben habe. „Wir gehören nicht zu jenen Undankbaren, die vergessen, was der Kaiser für die Armee und das Ansehen des Vaterlands getan hat," sagte Mackensen. „Er war unser bester Kamerad. Der Weltkrieg ist noch nicht zu Ende. Der Kampf um Deutschlands Zukunft geht weiter. Ich hoffe, Zeuge des Beginns der Auferstehung des Vaterlandes zu sein, obgleich ich nicht hoffen kann, die Erfüllung zu erleben."

Mackensen drückte dann die Hoffnung aus, daß eine neue deutsche Armee im Entstehen sei, in der der alte preußische Geist und seine Tugenden vorherrschen. Die Begeisterung der Teilnehmer erreichte ihren Höhepunkt, als eine Kapelle berühmte alte Armeemärsche spielte. Vor dem Gebäude hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die dem Schauspiel alten militärischen Glanzes zusah.

Reichspräsident von Hindenburg, der ein alter Freund Mackensens ist, hatte den Feldmarschall zum Essen geladen.

Junkers gegen Ford. Die Magdeburger Zeitung teilte mit, daß die Junkers-Flugzeugwerke in Dessau sich entschlossen hätten, gegen die „Ford Airoplane Company" wegen angeblicher Verletzung der Junkers-Patente für den Bau von Metallflugzeugen gerichtlich vorzugehen. Die Junkers-Patente sind in fast allen Ländern angemeldet.

Es wurde gesagt, daß das erste Verfahren in Spanien wegen angeblicher Verletzung dreier Patente anhängig gemacht werden würde, die die Anbringung von Motoren an Flugzeugtragflächen, eine besondere Bauart von Flugzeugrümpfen und die Ganzmetallkonstruktion betreffen.

Die Junkers-Gesellschaft soll die Erhebung der Klage verschoben haben, bis die Ford-Gesellschaft den Verkauf ihrer Flugzeuge außerhalb der Ver. Staaten versuchte. Dies ist nunmehr angeblich mit dem Ankaufe eines Ford-Flugzeuges durch eine spanische Gesellschaft geschehen. Die Junkers-Gesellschaft will einen Einhaltsbefehl zu erreichen suchen, sobald das Ford-Flugzeug in einem spanischen Hafen eintrifft.

In Europa ist es, abweichend von den amerikanischen Patentgesetzen, möglich, entweder einen Zivilprozeß oder einen Strafprozeß wegen Patentverletzung anzustrengen.

Große Pläne der Lufthansa. Die Lufthansa tritt nunmehr der Durchführung eines großzügigen Programms näher, durch das ihr Verkehrsnetz bis weit nach Asien und Südamerika ausgedehnt werden soll. Der Reichstag hat die Auflegung einer Anleihe von $1,500,000 gebilligt, die vom Reich garantiert werden soll. Die Mindestzahl von Flugzeugen für den erweiterten Dienst ist bereits vorhanden, und der Plan kann ausgeführt werden, sobald die Anleihe untergebracht worden ist.

Das Programm der Lufthansa umfaßt einen regelmäßigen Dienst nach Südamerika und eine Route nach dem Fernen Osten. Die Verhandlungen mit Sowjetrußland über diesen letzteren Dienst stehen vor der Wiederaufnahme, und man rechnet damit, daß sich alle Schwierigkeiten überwinden lassen werden. Der Dienst wird sich vornehmlich mit Beförderung von Post und Fracht befassen und über Sibirien nach Nanking gehen. Von Nanking nach Tokio besteht bereits regelmäßige Verbindung. Die Beamten der Lufthansa berechnen, daß der Flug in 5 Tagen bewältigt werden kann. Sobald die Nachtbeleuchtung der sibirischen Route durchgeführt ist, hofft man die Flugzeit auf drei Tage heruntergebringen zu können.

Bezüglich des transatlantischen Dienstes sind die Pläne noch weniger bestimmt, da sich noch nicht definitiv sagen läßt, ob das Riesenflugboot „Do-X" allen Anforderungen hierfür genügt.

Oesterr. Verfassungsreform. Die Regierungsvorlage zur Verfassungsreform ist nunmehr in zweiter und dritter Lesung vom österreichischen Parlament endgültig angenommen worden. Allerdings ist wenig von der ursprünglich vorgesehenen Reform übrig geblieben, denn eine Reihe von Vorschlägen fiel unter den Tisch, da für sie nicht die zur Annahme erforderliche Zweidrittel-Mehrheit vorhanden war.

So bleibt Wien nach wie vor Stadt und Bundesland; gerade in diesem Punkte hatten die Bürgerlichen auf einen Sieg gerechnet, denn da Wien die Hochburg der Sozialisten ist, hat es in seiner Eigenschaft als Bundesland einen großen Einfluß auch auf die Regierung. Auch die Forderung, dem seiner Titel und Privilegien durch die Revolution beraubten Adel die alten Vorrechte zurückzugeben, fand keine Gegenliebe beim Parlament.

Bundeskanzler Schober hat somit das Staatsschiff aus dem stürmischen und seit einigen Monaten währenden Konflikt glücklich herausgesteuert.

Wichtig ist die Abänderung der Machtbefugnisse des Präsidenten, die angenommen wurde. Hinfort hat der Präsident das Recht, den Ausnahmezustand zu erklären und unter ihm Gesetze zu erlassen; außerdem wird der Präsident hinfort vom Volke erwählt werden, er kann eine Kontrolle über das Bundesheer ausüben; hat das Recht, das Parlament einzuberufen und nach Hause zu senden und Regierungsdekrete zu erlassen, wenn das Parlament nicht tagt.

Die gesamte österreichische Polizei kommt unter die Kontrolle der Bundesregierung.

Ein rußlandfeindlicher Block? Der Leiter der Ostabteilung im polnischen Außenamt, Holowko, der kürzlich eine Reise durch die baltischen Staaten unternahm, sucht in einer von der „Gazeta Polska" veröffentlichten Erklärung die Befürchtungen der russischen Presse zu zerstreuen, daß seine Reise vielleicht der Bildung eines rußlandfeindlichen Mächteblocks der Oststaaten gegolten hätte. Er sagte, es wäre für Polen ein Wahnsinn, sich an einem Unternehmen zu beteiligen, das zum Ziele hätte, die Räteregierung in Moskau zu stürzen und den großrussischen Kreisen wieder zur Macht zu verhelfen. In Rußland wie in Polen sei man sich bewußt, daß ohne Beteiligung Polens kein Unternehmen gegen Räterußland mit Aussicht auf Erfolg zustande kommen könnte. Nach seiner Ansicht würden aber die Bemühungen der friedlichen polnischen Politik auf russischer Seite nicht genügend gewürdigt.

Litauens Außenpolitik. Die neue Regierung Litauens ist von der Politik des früheren Ministerpräsidenten Woldemaras, der ein freundschaftliches Zusammenwirken mit den baltischen und skandinavischen Ländern abgelehnt hatte, abgerückt und hat ihren Nachbarn gegenüber eine verjöhnlichere Haltung angenommen. Der neue litauische Außenminister Dr. David Zaunius hat im Einverständnis mit dem Ministerpräsidenten Jonas Tubelis Unterhandlungen mit Estland und Lettland eingeleitet, um nicht nur durch Verträge eine engere wirtschaftliche Verbindung herzustellen, sondern auch die kulturellen Beziehungen mit diesen beiden Ländern inniger zu gestalten.

Von noch größerer Bedeutung sind die Pläne der litauischen Regierung für ein wirtschaftliches Zusammengehen mit den skandinavischen Ländern. Diese Politik hatte bereits den Erfolg, daß das litauische Schatzamt in Schweden eine Anleihe von 6 Millionen Dollar aufnehmen konnte, und daß die Dänen für den Brückenbau und für Eisenbahnkonstruktion größere Kapitalsanlagen in Litauen machten, und außerdem für den Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen und von Rindvieh langfristige Kredite einräumten.

Eine Mißstimmung in dem angebahnten freundschaftlichen Verhältnis mit Lettland verursachte der kürzliche Besuch lettländischer Offiziersabordnungen in Warschau, worin der litauische Minister des Aeußeren nach seiner in einer Pressekonferenz abgegebenen Erklärung „das Anzeichen einer polnisch-lettländischen Waffenbrüderschaft" zu erblicken glaubte. Er sagte ferner, die Hauptaufgabe seiner Außenpolitik wäre „die Festlegung der historischen Grenzen Litauens mit der Hauptstadt Wilna". Er bemerkte, daß seine Politik nicht von deutsch-polnischen Gegensätzen abhängig und daß die Frage eines baltischen Staatenbundes noch nicht akut sei. Seine Regierung habe bei Polen vor einigen Wochen die Aufnahme von Handelsbeziehungen angeregt, die aber von zuständiger amtlicher Stelle in Warschau unbeantwortet blieben.

Sieg der chines. Nationaltruppen. Die nationalistischen Armeen des Generals Chiang Kai-Schek, die in vier Landabschnitten Chinas den Rebellen gegenüberstehen, haben die revolutionären Armeen entscheidend geschlagen, die sich um die Stadt Canton versammelt hatten, und haben die Kwangsai-Rebellen u. die eiserne Division des Generals Chang Fa-Kwei weit zurückgetrieben. Die Lage in der Hauptstadt hat sich etwas gebessert, nachdem die Rebellen nach dem Norden und dem Südosten verjagt worden sind. Das allgemeine Interesse hat sich den Rebellen im Süden zugewandt, die seit Wochen schon vergeblich versuchen, sich der Stadt Canton zu bemächtigen.

Berichte aus Hongkong und Nanking erklären, daß der Kampf zwischen der Nationalarmee und den Rebellen um Canton herum über 24 Stunden gedauert hat. Die Schlacht hat mit dem Siege der Nationaltruppen geendet. Die Verluste sollen auf beiden Seiten sehr erheblich sein. Viele Gefangene wurden von den Nationaltruppen gemacht und ein großer Teil der Rebellen entwaffnet. Die Rebellen hatten sich in zwei Gruppen um Canton herum verteilt. Im Norden lagerten die Truppen Kwangsais und im Westen die eiserne Division des Generals Chang Fa-Kwais.

Der Angriff auf die Stadt Canton wurde von der eisernen Division eingeleitet. Vorerst kam es nur zu kleinen Plänkeleien, wie sie in den letzten Tagen häufiger vorgekommen waren. Die eiserne Division rückte in immer bedrohlichere Nähe. Das Gros dieser Division hatte jedoch an diesen Vorgefechten nicht teilgenommen. Diese Gelegenheit nahmen die Nationaltruppen wahr und rüsteten sich zu einem Angriff ihrerseits. Der Angriff war von Erfolg begleitet. Nicht nur die eiserne Division wurde zurückgeschlagen und zersprengt, auch die Rebellen des Kwangsai wurden überwältigt.

Brit. Dampfer überfallen. Zwölf Leute an Bord des brit. Dampfers „Hatching" wurden getötet und etwa 60 chinesische Passagiere sprangen über Bord und ertranken, als das Schiff auf der Fahrt von Swatau nach Hongkong (China) von einer Bande chinesischer Piraten überfallen wurde. Die Seeräuber schwärmten über das Schiff und bevor sie überwältigt werden konnten, gelang es ihnen, den Dampfer an verschiedenen Stellen unter Benutzung von Petroleum in Brand zu stecken, der noch nicht ganz gelöscht war, als der Dampfer in den Hafen von Hongkong einfuhr.

Die Räuber waren in Swatau als Passagiere an Bord gekommen, und als der Dampfer ungefähr die Hälfte der Fahrt zurückgelegt hatte, stürmte die Bande unter Abfeuern von Revolvern auf das Deck und versuchte, die Brücke zu stürmen. Der Aufgang zur Brücke war jedoch wegen der in letzter Zeit häufig vorgekommenen Piratenangriffe durch Stacheldraht geschützt und die Schiffsoffiziere und die bewaffneten indischen Wächter eröffneten Feuer auf die Räuber. Der dritte Offizier, Woodward, erlitt schwere Verletzungen, denen er vor dem Eintreffen des Schiffes in Hongkong erlag. Auch ein indischer Wächter wurde erschossen und der erste Offizier, Perry, verwundet.

Der chinesische Funker hatte, als die Banditen zum Angriff vorgingen, Hilferufe ausgesandt, die die Zerstörer „Sterling" und „Sirdar" herbeibrachten. Die Mannschaft der „Haiching" schlug auch einen zweiten Ansturm der Piraten ab, die schließlich umringt und in Ketten gelegt wurden. 38 von ihnen sind schwer verwundet und mehrere davon dem Tode nahe. Der anderen Passagiere — zumeist Chinesen — hatte sich eine Panik bemächtigt und viele, darunter Mütter mit ihren Kindern, sprangen über Bord. Von den ausgesetzten Rettungsbooten kenterten drei, als einige Leute von Deck in die Boote sprangen.

Verteilung der Nobelpreise. König Gustav von Schweden überreichte den diesjährigen Nobelpreisträgern ihre Preise und beglückwünschte sie, und zwar im Beisein des schwedischen Kronprinzenpaares, anderer Angehöriger der Königsfamilie, des Diplomatenkorps und der Hofgesellschaft. Die Ueberreichungszeremonie fand im Konzertsaale des Königspalastes in Stockholm statt.

Anwesend waren sechs Nobelpreisträger: der deutsche Romanschriftsteller Thomas Mann aus München, Professor Owen W. Richardson und Dr. Arthur Ugarden aus London, Dr. Frederick Gowland Hopkins aus Cambridge, der Herzog von Broglie aus Paris und der deutsche Professor Hans von Euler von der Universität Upsala, Schweden. Abwesend war nur der Utrechter Universitätsprofessor Dr. C. Eikjmann, der mit Dr. Hopkins den Nobelpreis für Medizin teilt. Er ließ sich vom holländischen Gesandten vertreten.

Weihnachtsgeschenk

(Fortsetzung von Seite 1.)

Eltern unter einem gewissen äußeren Zwange stehen, kann man sich notgedrungen für das kleinere Uebel entscheiden. Sollen die überwiegend **deutschen Schuldistrikte nun einfach auf die willkürliche Auslegung des Schulgesetzes hin zum englischen Religionsunterricht übergehen?** Dagegen sträubt sich das religiöse Empfinden unserer deutschsprechenden Eltern. Dagegen sträubt sich aber auch ihre Liebe zur angestammten deutschen Muttersprache, die von der neuen Saskatchewan-Regierung in gröblichster Weise angegriffen wird.

Wie uns von deutsch-lutherischer Seite bereits versichert wurde, wird die Entscheidung des Justizministeriums von Saskatchewan zu lebhaftem und lautem Protest Anlaß bieten. Die nämliche Auffassung herrscht gewiß auch bei den anderen Konfessionen, sodaß es wohl angebracht wäre, wenn die Deutschsprechenden ohne Unterschied ihres religiösen Bekenntnisses zur Verteidigung ihrer heiligsten Güter gemeinsam vorgingen. Es genügt in solchem Falle nicht, einige Notschreie in der Presse und in Versammlungen loszulassen, Entrüstungsartikel zu schreiben usw. **Hier muß gehandelt werden!** Auch die deutschen Vereine haben hier ein wichtiges Aufgabengebiet; denn wird die deutsche Muttersprache auch noch aus dem Religionsunterricht gewaltsam verdrängt, so bricht damit eine weitere Stütze unserer Bestrebungen zusammen. Deutscher Sprachunterricht ist nach dem im Weltkriege „revidierten" Schulgesetz sowieso nicht mehr erlaubt. **Nun soll uns auch noch das letzte Minderheitenrecht im Religionsunterricht entrissen werden.**

Ein trüber Schatten fällt auf das diesjährige Weihnachtsfest d. Deutschcanadier in Saskatchewan. **Die Unduldsamkeit feiert Triumphe! Man will uns die Kinderherzen, die uns am Christfest doppelt lieb und teuer sind, völlig entfremden. Fürwahr ein trauriges Weihnachtsgeschenk der Dr. Anderson-Regierung!**

Der Schulgesetz-Paragraph über den Religionsunterricht

Paragraph 179 (1) des Saskatchewan-Schulgesetzes bestimmt:

„Kein Religionsunterricht, ausgenommen wie nachstehend vorgesehen, soll in der Schule eines Distrikts von der Eröffnung der Schule bis eine halbe Stunde vor Schluß am Nachmittag gestattet werden, nach welcher Zeit jeder derartige Unterricht, vom Schulrat erlaubt oder gewünscht, erteilt werden kann."

Nach Paragraph 180 können alle Kinder, die nach dem Wunsch der Eltern oder Vormünder nicht am Religionsunterricht teilnehmen sollen, die Schule verlassen, wenn der Religionsunterricht beginnt, oder auch dort bleiben, ohne am Unterricht teilzunehmen.

Die Paragraphendeuter des Justizministeriums von Saskatchewan berufen sich noch auf Paragraph 178, in welchem es heißt:

„Englisch soll (mit Ausnahme des Französischen) die einzige Unterrichtssprache in allen Schulen sein, und keine andere Sprache als Englisch soll während der Schulstunden gelehrt werden."

Tatsache ist, daß unter der liberalen Regierung die Erteilung des Religionsunterrichtes in der Muttersprache der Kinder unbeanstandet geblieben ist. Es liegt gewiß auch nicht im Sinne des Gesetzgebers, das Englische auf den Religionsunterricht zu übertragen; denn wenn Schulkinder bei Beginn des Religionsunterrichtes die Schule verlassen dürfen, **ist der eigentliche verpflichtende und offizielle Teil der Schule bereits geschlossen.** Wir haben es folglich mit einer ganz willkürlichen Auslegung des Schulgesetzes durch das neue Justizministerium von Saskatchewan zu tun.

Gewinn der Nationalsozialisten.

Weimar. — Die Landtagswahlen in ganz Thüringen brachten den Nationalsozialisten erhebliche Gewinne. Sie erhöhten ihre Stimmenzahl von 37,061 auf 89,686. Die Sozialisten behaupteten ihre seitherige Stärke und die Kommunisten verloren leicht. Die Gewinne der Nationalsozialisten erfolgten auf Kosten anderer Parteien.

Vertrauensvotum

(Fortsetzung von Seite 1.)

Hjalmar Schacht, der in einem Memorandum den Vorwurf erhob, die Regierung habe bezüglich der nötigen Finanzreform, die Deutschland in die Lage versetzen würde, ihren Reparationsverpflichtungen nachzukommen, nichts unternommen. Er war im Laufe der Woche persönlich vor dem Reichstag erschienen und hatte dadurch die Lage noch verwickelter gemacht.

Im allgemeinen dreht sich die Kontroverse um das finanzielle Defizit Deutschlands, daß der Finanzminister mit Hilfe einer Anleihe bei einer amerikanischen Bankiersgruppe auszumerzen sucht. Die Verhandlungen waren bereits im Gange, ehe Hilferding seinen Vorschlag bekannt machte. Dieser sieht ein allgemeines Programm von Steuerermäßigungen für eine 5jährige Periode vor und schließt gleichzeitig einen Dringlichkeitspassus ein, der eine ganze Reihe Steuererhebungen für die Dauer eines Jahres vorsieht.

Das ziemlich starke Vertrauensvotum für die gegenwärtige Reichsregierung ist wohl teilweise auch dem moralischen Druck zuzuschreiben, der durch die Drohung mit Reichstagsneuwahlen hervorgerufen worden ist. Das Kabinett Müller war nämlich mit Zustimmung des Reichspräsidenten von Hindenburg entschlossen, im Falle eines Mißtrauensvotums die Auflösung des Reichstages zu veranlassen.

Studentenkrawall in Siebenbürgen

Bukarest. — Am Jahrestage der antisemitischen und antiungarischen Krawalle des letzten Jahres brachen an der Universität Klausenburg in Siebenbürgen neue Studentenunruhen aus, die von der Polizei erst unterdrückt werden konnten, nachdem ein Oberst, vier Soldaten und zwei Polizisten verletzt worden waren. Im letzten Jahre hatten ähnliche Vorfälle zu einer Spannung zwischen Rumänien und Ungarn geführt.

Die Kämpfe waren weniger ernst, führten jedoch außer den Verletzungen zur Beschädigung mehrerer Cafes und Gebäude. Am Vormittag sammelten sich Studenten vor dem Gebäude der „Ellenzek", der Zeitung der ungarischen Minorität, an. Sie schickten dem Herausgeber ein Ultimatum, bis 6 Uhr abends in einer Sonderausgabe den Bericht zu widerrufen, daß Studenten von Krajowa Juweliergeschäfte geplündert hätten, widrigenfalls die Zeitungsdruckerei demoliert werden würde.

Ehe die Studenten jedoch die Drohung ausführen konnten, umstellte die Polizei das Haus und trieb die Demonstranten auseinander. Die Studenten zogen dann nach dem Cafe Monopol und schlugen die Fensterscheiben ein. Als sie in gleicher Weise gegen das Cafe New York vorgingen, stellten sich ihnen Soldaten und Polizisten entgegen.

Mit Steinen und Knüppeln wurde ein Versuch gemacht, das Cafe zu stürmen, doch konnten die Truppen die Demonstranten auseinandertreiben. In dem Handgemenge wurden ein Oberst, vier Soldaten und zwei Polizisten verletzt. Nach Mitternacht griff noch die Feuerwehr mit Wasserschläuchen in den Krawall ein.

Du bist Luft für mich, dachte der Nagel und stach ein Loch in den Reifen.